



Eine Woche Hartz IV:



Verarmung und Frustration nehmen zu, Protest hält sich vorerst in Grenzen !

Die öffentliche Diskussion um die organisatorische Umsetzung der sogenannten Hartz IV -Gesetze ist schön und gut. Sie verdeckt jedoch den eigentlichen Kern des Problems: Die Verarmung eines weiteren Teils der Bevölkerung durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe.

Der vorliegende Entwurf des Armutsberichtes der Bundesregierung weist aus, dass der Anteil der von Armut betroffenen Menschen zwischen 1998 und 2003 von 12,1 auf 13,5 Prozent gestiegen ist.

Die jetzt in Kraft getretenen Hartz IV – Gesetze in deren Kern die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Einführung der Grundsicherung für Erwerbslose (Arbeitslosengeld II) auf teilweise unter dem ehemaligen Sozialhilfeniveau steht, werden diesen Prozeß beschleunigen.

Die Höhe des neuen Arbeitslosengeldes II liegt je nach Anzahl der Personen in einer Bedarfsgemeinschaft

(Erwachsene und unter 18 jährige Kinder) zwischen 32 und 37 Prozent des Durchschnittseinkommen vergleichbarer Haushalte. Das ist weit unter der offiziellen Armutsgrenze, die bei 50 Prozent (europäische Sozialcharta 60 Prozent) liegt. Von den über zwei Millionen ehemaligen ArbeitslosenhilfebezieherInnen wird die große Mehrheit in die Armut rutschen.

Entgegen den offiziellen Aussagen wird die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht zu einer Integration der bisherigen SozialhilfebezieherInnen in den ersten Arbeitsmarkt führen.

Im Gegenteil: Durch die Ausgrenzung der bisherigen ArbeitslosenhilfebezieherInnen

wird sich eine dauerhafte Alimentierung einstellen.

Alle Anzeichen, wie die Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst und in der Industrie bei gleichzeitigem Produktivitätsfortschritt, und die faktische Senkung der Löhne (siehe Weihnachts- und Urlaubsgeld) deuten darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird.

Die viel gepriesenen „1 Euro – Job's“ stellen nur ein Vehikel zur Ausweitung eines Niedriglohnsektor bei den notwendigen, aber im Sinne des Kapitals, nicht profitablen Arbeiten dar.

Gleichzeitig steigt der Druck auf die noch Beschäftigte

Im Verlauf der ersten „Anwendungswoche“ der Hartz IV – Gesetze wurde von offiziellen Stellen immer wieder kund getan, dass die Umsetzung weitestgehend reibungslos verläuft:

„ Die Beschwerden halten sich im Promillbereich“, gab zum Beispiel die Ombudsgruppe um Biedenkopf bereits kurz vor Weihnachten zum Besten. In diesem Stiel sind auch die Verlautbarungen der ersten Woche des neuen Jahres.

In diesem Sinne müssen wir von der „Solidarischen Hilfe“ als Beratungsstelle feststellen, dass wir die „Promillgeschädigten“ sind. Unsere Büros werden gestürmt. Zeitweise konnten wir in kleineren Läden niemanden mehr hereinlassen. Auch wir mußten die Türen verschließen, aber aus völlig anderen Gründen als es zum Beispiel bei der BAGIS – Hauptstelle in Bremen – Mitte geschehen ist.

Die Probleme sind fast immer gleich:

- 1.) Die Bescheide der BAGIS sind nicht nachvollziehbar. Es werden nur Zahlen ohne jegliche Ableitung präsentiert. So wie zum Beispiel die Miete einschließlich der Neben- oder Betriebskosten in der auch die Gebühren für Wasser und Abwasser (wird meistens an die swb- enordia entrichtet) und der Heizungskosten nur in einer Summe dargestellt. Insbesondere bei einer mehrköpfigen Bedarfsgemeinschaft oder besonders bei einer Hausgemeinschaft, das heißt, wenn mehrere Bedarfsgemeinschaften unter einem Dach wohnen (zum Beispiel Eltern und über 18 jähriges Kinder) ist kaum auf Anhieb festzustellen, ob alles seine Richtigkeit hat: Wird tatsächlich das, was der Gesetzgeber in seiner großen Güte und Mildtätigkeit (wenig genug) zugesichert hat gezahlt.
- 2.) Ähnlich verhält es sich auf manchen Bescheiden mit dem zu berücksichtigenden Einkommen nach § 11 SGB II. Auch hier fehlt häufig die nachvollziehbare Ableitung.
- 3.) Die Solidarische Hilfe hat in den vergangenen Wochen ca. 1.000 Bescheide zum ALG II im Land Bremen geprüft. Entgegen den offiziellen Behauptungen wurden bei mehr als 50 % dieser Bescheide Fehler entdeckt. Auf Grund der Struktur der Bescheide besteht für die Solidarische Hilfe kein Grund zu der Annahme, dass die Fehlerquote bei den von ihr nicht geprüften Bescheiden geringer ist.
- 4.) Die neu eingerichteten Geschäftsstellen der BAGIS sind noch nicht arbeitsfähig: Keine Telefonanschlüsse, keine Computer, keine Zuweisung der SachbearbeiterInnen. Folge: Die ALG II betroffenen irren von Pontius zu Pilatus. In den Aussenstellen z.B. in Gröpelingen und in der Neustadt waren in den ersten Tagen zwar Widersprüche abzugeben. Aber mehr auch nicht. Wer einen Bescheid, aber noch kein Geld auf dem Konto hatte, wurde an eine Bar – Check Stelle verwiesen. Diese soll es anscheinend bei der BagIS in Bremen – Mitte am Doventorsteinweg und in der ehemaligen Außenstelle der Agentur für Arbeit in Bremen – Ost geben.
Problem in Mitte ist allerdings, dass in diesem Gebäude noch immer ein gewisser Ausnahmezustand herrscht. Bevor man oder frau dort hinein kommt, muß erst einmal die securiti überwunden werden. Dieser securiti Mensch entscheidet dann auch schon einmal eigenmächtig, ob das Anliegen, das einen dazu bewogen hat dieses Amt aufzusuchen, berechtigt ist. Es kam mehr als einmal vor, dass Menschen von der securiti abgewiesen wurden. Ein Skandal.
- 5.) Seit dem 03. Januar herrscht ein enormes organisatorisches Chaos. Tausende BremerInnen sind auf der Suche nach ihrem zuständigen Amt und dem entsprechenden Ansprechpartner. Eine schriftliche Information für jeden Leistungsberechtigte/n hat es nicht gegeben. Auf den Bescheiden der BAGIS ist auch wie vor lediglich die Adresse der Hauptstelle am Doventorsteinweg 48 – 52 angegeben. Von Bürger-, KundInnen oder sonst welchen Freundlichkeiten kann hier keine Rede sein.

Diese organisatorischen Mängel hätten mit klaren politischen Entscheidungen vermieden werden können. Sie sind Ausdruck der politischen Wertschätzung, den die von Erwerbslosigkeit und zu geringen oder gar keinem Einkommen Betroffenen durch die Politik erfahren.

Solidarische Hilfe e.V. → offene Beratung bei Fragen zum Arbeitslosengeld II

In: Hemelingen – Godehardstr. 3	→ Mo. Mi. Do. 9 ⁰⁰ - 13 ⁰⁰	Tel.: 45 91 20
Mitte - Doventorsteinweg 45	→ Mo. Di. Mi. 9 ⁰⁰ - 13 ⁰⁰	Tel.: 16 53 791
Neustadt - Thedinghauserstr. 10	→ Mo. Di. Do. 9 ⁰⁰ - 13 ⁰⁰	Tel.: 53 28 89
Nord - Lindenstr. 1 b	→ Mo bis Do. 9 ⁰⁰ - 13 ⁰⁰	Tel. 65 53 53

V.i.S.d.P.: Solidarische Hilfe e.V. – Doventorsteinweg 45 - 28 195 Bremen

Redaktion: H. Thomsen / J. Willner